



UNSERE ANTWORT AUF DEN POLITIKWECHSEL

Die MIT nimmt Stellung zur Energie-, Europa- und Steuerpolitik

Die aktuelle politische Lage stellt sich für uns so dar, dass die bürgerliche Regierungskoalition in Berlin einen dramatischen Macht- und Ansehensverlust zu verzeichnen hat. Damit korrespondiert ein grundlegender Richtungswechsel auf zentralen Politikfeldern. Die Klausurtagung des Bundesvorstandes in Erfurt hat gezeigt, dass die MIT die Fähigkeit besitzt,



Dr. Josef Schlarmann ist Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU und Mitglied im Bundesvorstand der CDU. Er arbeitet als Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Rechtsanwalt in Hamburg

schnell, profiliert und einvernehmlich auf den Politikwechsel der Bundesregierung zu reagieren. Diese inhaltliche Geschlossenheit ist ein wichtiges Fundament für die weitere Arbeit, und hierin unterscheidet sich die innere Verfassung der MIT von derjenigen der Union.

In der Energiepolitik spricht sich die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung gegen eine übereilte Entscheidung aus. Vor einer Energiewende muss eine Reihe von Problemen und Fragen gelöst und beantwortet werden. Dazu zählen u.a. der Netzausbau, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und die Auswirkungen auf die Klimaschutzziele. Nachhaltige Lösungen sind überhaupt nur auf europäischer Ebene denkbar.

Außerdem sind wir der Meinung, dass es nicht Aufgabe des Staates ist, darüber zu entscheiden, ob und welche Energieträger zum Einsatz kommen. Ordnungspolitische Aufgabe des Staates bei der Energiepolitik ist es vielmehr, die Sicherheits- und Umweltstandards zu definieren und zu kontrollieren. Über die Wirtschaftlichkeit von Energieträgern und deren Einsatz zur Energieversorgung entscheiden die EVU sowie deren Kunden selbst.

Die derzeitigen Pläne der Regierung zum Euro-Rettungsschirm sehen wir mit großer Sorge. Die MIT lehnt einen zeitlich unbegrenzten Rettungsschirm ab. Damit riskiert man einen eigenen Haushaltskollaps zur Verhinderung eines Haushalts-Zusammenbruchs in anderen Ländern. Stattdessen muss das Haftungsprinzip verankert werden. Wer über seinen Haushalt entscheidet, muss auch

für die Schulden haften. Wir wollen keine Transferunion.

Im Mittelpunkt unserer Politik stehen jene Menschen, die zur Arbeit gehen, Steuern zahlen, Kinder groß ziehen und sich an die Regeln halten. Wir bekennen uns zum Leistungsprinzip und fordern von der Bundesregierung die Einlösung der im Koalitionsvertrag gemachten steuerpolitischen Zusagen. Dabei geht es nicht um Steuergeschenke, aber die Leistungsträger unseres Landes erwarten zu Recht mehr Verlässlichkeit und Beständigkeit. In erster Linie zählt dazu die Beseitigung der kalten Progression und des „Mittelstands- oder Facharbeiterbauchs“.

Die Stärke unserer Vereinigung ist ihr scharfes ordnungspolitisches Profil nach außen und ihre Geschlossenheit nach innen. Wer dagegen eine größere Nähe zur Union, zur Bundestagsfraktion und Regierung fordert, der muss den Beweis dafür antreten, ob diese Bundesregierung den Mittelstand überhaupt noch auf ihrer Rechnung hat. Außerdem ist zu klären, ob sie noch über die Gestaltungs- und Umsetzungskraft sowie über die nötigen Mehrheiten verfügt, Mittelstands-Positionen zu berücksichtigen. Keinesfalls darf eine Strategiedebatte die inhaltliche Geschlossenheit der MIT aufs Spiel setzen.

Zum Aussterben geboren

5 Euro, damit sie leben.
Retten Sie mit:
wwf.de



Schon mit 5 Euro im Monat schützen Sie das Leben und den Lebensraum der letzten 3.200 frei lebenden Tiger. Mehr Infos unter: wwf.de Einmalig spenden an den WWF: Konto 2000, Bank für Sozialwirtschaft Mainz, BLZ 550 205 00. Stichwort: Tiger. Oder per SMS*.

*Eine SMS kostet 5 Euro, davon gehen 4,83 Euro direkt an den WWF. Kein Abo; zzgl. Kosten für eine SMS.